



nine

Das Binder Grösswang Magazin

Mai 2013

BINDER GRÖSSWANG

COMPETENCE YOU CAN COUNT ON.

Tax Rules!

9

3	Editorial	<i>Gedanken zahlen keine Steuern</i>
4	Cover Story	<i>Tax – Staying Attractive</i>
9	Guest Commentary	<i>Isabella Kamptner: Tax Compliance</i>
10	Spotlight	<i>Das Binder Grösswang Tax-Team</i>
12	Briefing	<i>Von Marks & Spencer bis Haribo Lakritzen</i>
13	Opinion	<i>Michael Lang zu aggressiver Steuerplanung</i>
14	Focus on Art	<i>Der Künstler Pertti Kekarainen</i>
16	Background	<i>The Amended Cartel Act 2012</i>
17	Up to Date	<i>Rechtssplitter & Deals</i>
20	Invitations	<i>Binder Grösswang impulse</i>
22	Welcome on Board	<i>Neu im Team</i>

Impressum

Medieninhaber & Herausgeber: BINDER GRÖSSWANG Rechtsanwälte GmbH, Sterngasse 13, 1010 Wien | Chefredaktion: Esther Lajta-Fichtinger | Redaktionsteam: Florian Khol, Stefan Tiefenthaler, Emanuel Welten | Art Director: www.bbck.at, Karin Beinsteiner | Fotos: Franz Helmreich Fotografie, Thomas Schauer studio for photography | Druck: Remaprint Druck- und Verlagsgesellschaft, Neulerchenfelder Straße 35, 1160 Wien | Herstellungsort: Wien | Beiträge von Gastautoren geben die Meinung der Verfasser wieder und müssen nicht der Meinung der Kanzlei entsprechen. Fragen richten Sie bitte an magazin@bindergroesswang.at | Aus Gründen der Lesbarkeit verzichten wir darauf, konsequent die männliche und weibliche Formulierung zu verwenden. Wir meinen selbstverständlich beide Geschlechter und bitten unsere Leserinnen und Leser um Verständnis. | Die verwendeten Fotos und Logos sind Eigentum von Binder Grösswang, soweit nicht anders gekennzeichnet. Alle Rechte vorbehalten. | Dieses Magazin stellt lediglich eine generelle Information und keinesfalls eine Rechtsberatung von Binder Grösswang dar.

www.bindergroesswang.at

Steuern, vor allem nicht bezahlte, sind Dauerbrenner im fünften Jahr der Finanz- und Wirtschaftskrise. Kaum ein Tag ohne öffentliches reumütiges Geständnis, den Abgabenbehörden gegenüber weniger offen gewesen zu sein, als dies geboten gewesen wäre. Gemutmaß wird, dass die Einbringung unbezahlter Steuern manchen Staat schuldenmäßig wieder ins Lot bringen könnte, der im Moment nur von gigantischen finanziellen Rettungsschirmen über Wasser gehalten wird. Das hieße Erleichterungen für die unter drastischen Sparprogrammen ächzende Bevölkerung der „geretteten“ Schuldnerstaaten und Lockerung der Steuerschraube in jenen Ländern, die die Schirme sponsern.

Attraktive, also angemessen niedrige Besteuerung von Unternehmen und persönlichem Einkommen ist zentrales Kriterium im internationalen Standortwettbewerb. Überhohe Steuern und andere Lasten auf Arbeitseinkommen demotivieren Leistungsträger, egal ob selbständig oder Dienstnehmer. Was es braucht, ist vernünftige und durchgesetzte Besteuerung.

Das krasse Gegenteil kennen wir aus der Vergangenheit. Als 1979 das Bankgeheimnis in Österreich gesetzlichen Schutz erlangte, betrug der Spitzensteuersatz stolze 64 Prozent. Ein wesentliches Motiv für die damalige Stärkung des Bankgeheimnisses war der Wunsch, es österreichischen Steueründern zu ermöglichen, hinterzogene Abgaben einigermaßen gefahrlos auf österreichischen Bankkonten zu deponieren, statt sie auswärts zu verbergen. Damit sollte das Geld wenigstens für die österreichische Wirtschaft arbeiten, wenn es schon dem Fiskus entging. Kaum jemand sah voraus, dass das Bankgeheimnis schon wenig später von Geldwäschern, organisiertem Verbrechen und Terroristen aus aller Herren Länder missbraucht werden würde. Zu einer Senkung des Spitzensteuersatzes konnte man sich erst 1989 und seither leider nicht mehr durchringen. Das – inzwischen abgeschwächte – Bankgeheimnis scheint jetzt auf tönernen Füßen zu stehen.

Hat da jemand Sehnsucht nach der Steuerwelt von 1979?

Gedanken zahlen keine Steuern.

Thoughts Are Not Taxable. Taxes, primarily unpaid ones, have become a hot topic in the fifth year of the financial crisis. Hardly a day goes by without a public confession filled with remorse about having been less open towards the fiscal authorities than required. Rumour has it that the recovery of unpaid taxes alone might solve the sovereign debt crisis of one or the other state that at present is only staying afloat because of huge financial support programmes. That might mean some relief for the population in “rescued” debtor countries that are groaning under austerity programmes and a relaxation of the tax burdens in the countries that are sponsoring such rescues.

Attractive – in other words, reasonably low – taxation of corporate and personal income is a key criterion in the international competition for business establishment. Excessive taxes and other burdens on personal income demotivate top performers, be they independent or employed. What we need is reasonable taxation that is genuinely enforced.

We have seen the exact opposite in the past. When bank secrecy was afforded statutory protection in Austria in 1979, the highest income tax rate was a hefty 64%. A key motive for strengthening bank secrecy at that time was the desire to have Austrian tax evaders deposit their undeclared taxable gains in Austrian banks with a negligible risk of being caught, rather than see those moneys being moved out of the country. It was felt that if the Austrian treasury had to miss out on evaded taxes, those funds should at least be put to work for the Austrian economy. Hardly anyone predicted that shortly thereafter, our bank secrecy would begin to be abused by money launderers, organised crime and terrorists from all over the world. The top personal income tax rate was not lowered until 1989, and unfortunately it never has been again. And now, Austria’s bank secrecy – meanwhile in diluted form – seems to be standing on shaky ground altogether.

Is anybody feeling nostalgic about the tax world of 1979?



Michael Kutschera

Managing Partner, Binder Grösswang

Staying Attractive

Seine Attraktivität als Wirtschaftsstandort nicht zu verlieren und dennoch seine Steuereinnahmen zu erhöhen – mit diesem kaum überbrückbaren Gegensatz hat derzeit nicht nur Österreich zu kämpfen. Was besonders internationale Unternehmen vor neue Herausforderungen stellt.

Mag. Susanne Kowatsch, Redakteurin GEWINN



Binder Grösswang im Gespräch

„Bei der Unternehmensbesteuerung könnte man mit ein paar Handgriffen wesentliche Impulse setzen!“

> Plötzlich ist alles wieder anders: Zypern erhöht seine Körperschaftsteuer, von 10 auf 12,5 Prozent vorerst. Griechenland hat seit heuer einen Körperschaftsteuersatz von 26 Prozent, nachdem er erst im Jahr 2011 auf 20 Prozent abgesenkt worden war; die Slowakei hat ihre legendäre Flat Tax abgeschafft. Seit Jänner 2013 gelten für Unternehmen 23 Prozent KöSt, und die Einkommen von Privatpersonen werden bis 25 Prozent besteuert.

Das sind nur ein paar Beispiele. Denn leere Staatskassen bewirken offenbar ein zähneknirschendes Umdenken. „Länder wie Zypern oder Irland, die jahrelang mit Niedrigsteuern Investoren gelockt haben, müssen nun von Ländern gerettet werden, wo Steuersubstrat da ist“, bringt es der auf Steuerrecht spezialisierte Rechtsanwalt Christian Wimpissinger, Partner bei Binder Grösswang, auf den Punkt.

Jahrelang gab es einen intensiven Standortwettbewerb, der stark über Steuervorteile gespielt wurde – ein Match klein gegen groß. „Etwa Belgien, Luxemburg oder die Niederlande, aber auch Österreich hat da teilweise mitgespielt“, ergänzt sein Kollege Andreas Hable, ebenfalls Partner bei Binder Grösswang.

Schließlich wurde mit dem Steuerreformgesetz 2005 hierzulande nicht nur die KöSt von davor stolzen 34 auf 25 Prozent gesenkt, sondern auch eine moderne Gruppenbesteuerung eingeführt. „Das ermöglichte den Unternehmen oft erst ihre massive Ostexpansion – weil Verluste aus den neuen Märkten, die das Konzernergebnis stark belastet haben, zumindest die Steuerlast in Österreich reduzierten“, schildert Wimpissinger. Ein Erfolgsmodell, das auch das eine oder andere internationale Unternehmen motivierte, sich in Österreich anzusiedeln.

Jahrelang gab es einen intensiven Standortwettbewerb, der stark über Steuervorteile gespielt wurde.

Allerdings wird, wie so oft, an steuerlich großzügigen Lösungen schon wieder „geknabbert“. Zuletzt durch die Einschränkung bei der Verwertung von Auslandsverlusten: Höchstens der nach ausländischem Steuerrecht ermittelte Betrag darf abgezogen werden; unterm Strich meist eine

Seit kurzem gibt es in Österreich eine Steuer auf Wertpapiergewinne, eine Immobilienertragsteuer, und bei einst mutig gewährten Steuerprivilegien, um internationale Investoren anzulocken – sprich Privatstiftungen oder Gruppenbesteuerung – wird auch schrittweise wieder „nachgebessert“. Wie sehen Sie die Auswirkungen auf die international verflochtene Wirtschaft?

Wimpissinger: Österreich hat sich in manche Themen verrannt, und übersieht dabei Details, die für ein internationales Unternehmen aber einen großen Unterschied machen würden. Beispiel Dividendenbesteuerung: So hat Österreich beim Aushandeln des Doppelbesteuerungsabkommens mit den USA offenbar vergessen zu vereinbaren, dass Konzerndividenden, die in die USA fließen oder von dort gezahlt werden, frei von Quellensteuern sein sollen. Deutschland hat das in sein Abkommen mit den USA selbstverständlich hineinreklamiert, es war auch gar kein Problem. Die Folge: Ein US-Investor wird seine Euro-Holding eher in Deutschland, Großbritannien oder den Niederlanden gründen. Das vermindert den Reiz, sich in Österreich zu engagieren.

Hable: Das zeigt auch, dass man bei der Unternehmensbesteuerung mit ein paar Handgriffen wesentliche Impulse setzen könnte. Und zwar solche, die nicht im Gegensatz zum internationalen Gebrauch stehen. Es gibt ja gute Vorbilder im EU-Raum. Und unterm Strich wären die wirtschaftlichen Vorteile daraus für Österreich mit Sicherheit höher als die ein oder anderen Steuerausfälle.

Die Steuergesetzgebung wird immer komplizierter, neue Steuern werden geschaffen. Wird auch die Gangart im Bereich der Vollziehung verschärft?

Wimpissinger: Als Folge der Krise werden wir tatsächlich verstärkt von Unternehmen um Unterstützung und Bera-



Christian Wimpissinger und Andreas Hable im Gespräch

tung in Betriebsprüfungsverfahren gebeten, was für diese These spricht. Wir beobachten auch, dass plötzlich von Seiten der Prüfer Aspekte anprangert werden, die bisher anerkannt waren. Betriebsprüfer sind nun wohl stärker als bisher angewiesen, Themen aufzugreifen und Präzedenzfälle herauszupicken. Und offenbar gibt es einen besonderen Fokus auf Großunternehmen. Die Themen Gruppenbesteuerung, Finanzierung von Akquisitionen oder Inbound-Dividenden scheinen derzeit sehr ‚beliebt‘ zu sein.

Komplizierte und internationalen Gepflogenheiten widersprechende Steuergesetze und mühsame Steuerprüfungen. Muss man über kurz oder lang nicht befürchten, dass internationale Unternehmen von all dem abgeschreckt werden?

Hable: Österreich ist zwar nach wie vor ein Holdingstandort. Wir haben aber schon den Vorwurf der internationalen Mutter gehört, weshalb man überhaupt Österreich als Headquarter ausgewählt habe. Die heimische Finanzverwaltung agiert derzeit wirklich sehr hart, teils wird über das Gesetz hinausgeschossen, mitunter wird jahrelang prozessiert. Österreich läuft so Gefahr, als Standort in Mitleidenschaft gezogen zu werden.

Inwieweit können Sie als auf Steuerrecht spezialisierte Rechtsanwälte ein Unternehmen in einem Abgabungsverfahren unterstützen – üblicherweise wird es ja längst durch Steuerberater vertreten sein?

Wimpissinger: Wir werden entweder zur Bearbeitung spezifischer Fragen herangezogen oder auch, um den laufenden Berater zu unterstützen – nach dem Konzept einer Second Opinion. Der Mehrwert: Der hinzugezogene Experte ist unbelastet, die Beziehungen zum Finanzamt hat er noch nicht strapaziert, und er hat einen frischen Blick auf die Materie.

Im Bereich Bilanzierung und Rechnungslegung unterstützen wir die Bilanzprüfer beispielsweise mit gutachterlichen Stellungnahmen. Und gerne werden wir auch bei internationalen Verrechnungspreisfragen hinzugezogen. Wir sind dann für die rein rechtlichen Aspekte zuständig, etwa die Methodenauswahl oder die Dokumentationsvorschriften. Seit etwa zwei Jahren gibt es zu Verrechnungspreisen einen deutlich höheren Beratungsbedarf, die Finanzverwaltung ist bei diesem Thema immer kritischer geworden.

Hable: Als One-Stop-Shop punkten wir beispielsweise häufig bei Transaktionsgeschäften oder Restrukturierungen. Der Klient wünscht sich begreiflicherweise, dass man ihn nicht nur rechtlich begleitet, sondern bis zu einem gewissen Grad auch steuerlich. Binder Grösswang bietet hier ein inhaltlich starkes Team von Steuerrechtlern, alle mit internationaler Erfahrung, das aus acht Mitarbeitern besteht, zwei davon sind Partner, womit wir zu den drei größten heimischen Kanzleien in diesem Bereich gehören.

BG partner Christian Wimpissinger believes that in its tax rules, Austria has focussed too much on certain issues and overlooked details that are important to international corporations. BG partner Andreas Hable concurs. It should be possible, he says, to increase Austria's attractiveness as a business location by making just a few well-chosen changes in corporation tax rules, thus bringing Austria into line with international practice. He also points out that, not least due to the crisis, tax law is being more strictly enforced.

Clients appreciate BG's one-stop service, which combines both legal and, to a certain extent, tax advice in its advisory support for transactions or reorganisations.



„Vereinfachungen und mehr Übereinstimmungen mit den Regelungen anderer Länder, in denen sich internationale Unternehmen ansiedeln, würden Österreich weit attraktiver machen.“

Mark Garrett,
Vorstandsvorsitzender Borealis



„Im Bereich Forschung und Entwicklung bietet Österreich mit dem Instrument der Forschungsprämie ein gutes Fördersystem an, das auch im internationalen Vergleich attraktiv ist.“

Hubert Hirzinger,
CFO Novartis Austria

Verschlechterung, weil Verluste nach ausländischem Steuerrecht oft niedriger ausfallen als nach österreichischem.

Doch es gibt auch andere Gründe, weshalb die Zufriedenheit so mancher in Österreich angesiedelten Headquarters zu wünschen übrig lässt: „Österreich ist ein ‚weltweiter Besteuerer‘ und hat relativ hohe Einkommenssteuersätze für ortsansässige Mitarbeiter. In der Folge ist es oft eine Herausforderung, qualifizierte Arbeitskräfte aus bestimmten Ländern für den Standort Österreich zu gewinnen“, schildert Mark Garrett, Borealis Chief Executive.

Negativ wird von internationalen Unternehmen auch die hiesige Regelung des Schachtelprivilegs gesehen: Dividenden und Veräußerungsgewinne aus Beteiligungen an ausländischen Gesellschaften sind erst steuerbefreit, wenn die Beteiligung mindestens 10 Prozent beträgt. Hable ergänzt: „Hierzulande fällt Quellensteuer auf Dividenden an, die ins Ausland fließen, Zinsen hingegen sind ausgenommen. Eine Gleichstellung wäre hoch wünschenswert, Österreich hat da deutlich an Terrain verloren! In Ländern wie Großbritannien, den Niederlanden oder Luxemburg ist das nicht so.“ Die Folge: Portfolioinvestments wandern anderswo hin.

Als positiv hebt Hubert Hirzinger, Novartis-Austria-CFO, die österreichischen Steuervorteile im Bereich Forschung und Entwicklung hervor: „Für eine innovative Unternehmensgruppe wie Novartis, ist dies von größter Bedeutung. Gerade hier bietet Österreich mit dem Instrument der Forschungsprämie ein gutes Fördersystem an, das auch

im internationalen Vergleich als attraktiv anzusehen ist.“ Als negativ, vor allem auch im europäischen und internationalen Vergleich, erwähnt Hirzinger die teilweise langwierigen und manchmal schwer nachvollziehbaren Verfahren bei Betriebsprüfungen. „Dadurch treten in der Gesamtbeurteilung der Standortattraktivität die grundsätzlich positiven Aspekte leider immer wieder in den Hintergrund. Nach meinem Dafürhalten wäre dies ohne einen großen Umbau des Steuersystems einfach zu ändern.“

Es müssen aber nicht immer Steuergeschenke sein, die multinationale Unternehmen anziehen: „Vereinfachungen und mehr Übereinstimmungen mit den Regelungen anderer Länder, in denen sich internationale Unternehmen ansiedeln, würden Österreich weit attraktiver machen“, betont Borealis-CEO Garrett.

Hier könnte Brüssel Österreich, wie so oft, bald zwangsweise auf die Sprünge helfen. Stichwort CCCTB (Common Consolidated Corporate Tax Base). Unternehmen könnten sämtliche Gewinne, die sie aus ihren Aktivitäten in der EU erwirtschaftet haben, einheitlich ermitteln. Seit März 2011 existiert ein entsprechender Vorschlag der EU-Kommission, nicht zuletzt die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel hat jetzt wieder Bewegung hinein gebracht.

Die Borealis-Gruppe hat ihr Head Office in Wien, noch vor wenigen Jahren hatte sie ihren Sitz in Dänemark. „Um das Jahr 2000 hat die dänische Gesetzgebung, vor allem auch was die Steuer betrifft, viele Unternehmen ange-

zogen, seit 2007 wurde man hingegen sehr restriktiv, hat damit viele Unternehmen verscheucht“, schildert Wimpissinger. Österreich sollte das eine Warnung sein. Wenngleich: „Es ist noch nichts verloren, mit ein wenig gutem Willen wird sich Österreich als attraktiver Standort für Unternehmen behaupten können“, beruhigt Wimpissinger.

For years, business location attractiveness in Europe was based mainly on tax advantages, and competition remained fierce. In 2005, Austria lowered its corporate tax from 34 to 25 per cent in order to keep pace. But in view of the crisis, things are suddenly changing. Countries such as Cyprus and Ireland, which attracted investors and high net worth individuals with their low taxes, are now having to raise taxes and accept financial support from high-tax countries. Austria has already instituted a series of provisos to some of its tax benefits, most recently restrictions on the offsetting of losses from other countries.

There are also other reasons why international corporations are less than satisfied with Austria as a headquarters location. Borealis CEO Marc Garrett mentions, in particular, Austria's comparatively high wage tax for resident employees, its problematic taxation of securities and its restricted application of the participation exemption, a tax benefit in respect of dividends and capital gains from corporate participations. There are, of course, positive aspects: Novartis Austria CFO Hubert Hirzinger praises Austria's tax benefits for R&D. On the other hand, he considers Austrian audit procedures incomprehensibly long and tedious. According to Garrett, Austria would be a more attractive location if its corporate tax rules were simplified and better aligned with those of other EU states. As a matter of fact, the EU Commission prepared a proposal on a Common Consolidated Corporate Tax Base in 2011, and experts expect the EU to start serious negotiations on the matter in 2014.

Meanwhile, BG partner and tax law specialist Christian Wimpissinger points out that international companies tend to move their headquarters away from countries that are not attractive from a tax low perspective. However, he is convinced that with a little good will and a few good ideas, Austria can hold its own as a competitive business

Gastkommentar

Tax Compliance

Das Thema Compliance ist derzeit zwar in aller Munde – nicht zuletzt aufgrund der Anfang des Jahres in Kraft getretenen Änderungen im österreichischen Korruptionsstrafrecht –, das Thema Tax Compliance hingegen wird selten diskutiert.

Dabei geht es auch hier um nichts anderes, als bestehende Rechtsvorschriften – in diesem Fall eben Vorschriften des Steuerrechts – einzuhalten. Für die Steuerabteilungen von Unternehmen somit eigentlich nichts Neues. Für diese zählt Tax Compliance – auch wenn der Begriff nicht verwendet wird – zum „Tagesgeschäft“. Denn die Fristen, wann welche Abgabenerklärung fällig wird, sind bekannt, die Abstimmung mit den für das Rechnungswesen zuständigen Kollegen findet im Allgemeinen regelmäßig statt, und fachlich sind Experten – jedenfalls in ihrem steuerlichen Spezialgebiet – auch auf dem Laufenden.

Die „typischen“ und offensichtlichen Steuerthemen sind somit in der Regel abgedeckt. Angesichts der Fülle an steuerlichen Vorschriften können jedoch Nicht-Experten leicht übersehen, welche steuerlichen Auswirkungen ihr jeweiliges Tagesgeschäft möglicherweise hat. Sei es, weil bei der Entwicklung eines Finanzprodukts zwar regulatorische Vorgaben eingehend untersucht werden, aber nicht beachtet wird, welche steuerlichen Folgen dies für die angesprochene Kundenzielgruppe haben kann. Sei es, weil bei einem Vertrag Steuerklauseln oder die Frage, ob diese notwendig wären, nicht gesondert geprüft werden. Sei es, weil bei der Gestaltung von Kundenveranstaltungen die Frage, wann Repräsentationsaufwendungen und wann abzugsfähige Betriebsausgaben vorliegen, nicht berücksichtigt wird. Sei es, weil bei Umstrukturierungen Auswirkungen auf das Bestehen einer Gruppe nach § 9 KStG und Nachversteuerungsfolgen übersehen werden. Die Einbindung der Steuerexperten in Abläufe und Prozesse vorzusehen ist daher ein wichtiger Schritt, um Tax Compliance sicherzustellen.

Denn nur wenn die Experten informiert sind, können sie beurteilen, ob und welche Steuern zu entrichten sind bzw. wie diese – auf zulässige Weise – reduziert werden können.



Isabella Kamptner
Recht, Steuern & Compliance
Raiffeisen Kapitalanlage-Gesellschaft

Melanie Dimitrov

Associate

MMag. Melanie Dimitrov, LL.M. (Columbia) ist seit 2013 bei Binder Grösswang in den Bereichen Steuerrecht, Gesellschaftsrecht/M&A und Privatstiftungsrecht tätig. Davor war sie in einer Wiener Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungskanzlei. Sie studierte an der Universität Wien und der Columbia University School of Law in New York Rechtswissenschaften und Internationale Betriebswirtschaft.

Melanie Dimitrov, LL.M. (Columbia) joined Binder Grösswang in 2013 and specialises in tax law, corporate/M&A and foundation law. Previously, she worked with an auditing and tax services firm. Melanie studied law and business administration at the University of Vienna and at Columbia Law School in New York.

Christoph Urtz

Attorney at Law

Univ.-Prof. Dr. Christoph Urtz unterstützt seit 2011 als Anwalt das Tax-Team von Binder Grösswang. Er ist ausgewiesener Spezialist für Unternehmenssteuerrecht, internationales Steuerrecht, Umstrukturierungen, Finanzstrafrecht, Abgabenverfahrensrecht und Verfahren vor dem Verwaltungs- sowie Verfassungsgerichtshof. Urtz ist ordentlicher Professor und Leiter des Instituts für Finanzrecht an der Universität Salzburg. Zuvor war er bei renommierten Kanzleien, am Verwaltungsgerichtshof sowie am Institut für Österreichisches und Internationales Steuerrecht der WU Wien tätig. Er studierte Jus und BWL in Wien und ist Mitglied des Fachsenats für Steuerrecht der österreichischen Kammer der Wirtschaftstreuhänder sowie Autor von mehr als 200 Fachpublikationen.

Prof. Christoph Urtz has supported the Binder Grösswang tax team as an attorney at law since 2011. He is a recognised specialist in the fields of taxation of enterprises, international tax law, tax aspects of restructuring, criminal tax law, tax litigation and Supreme Court appeals, and is the author of more than 200 publications. Christoph is a professor and holds the chair of the Tax Law Department of the University of Salzburg. Previously, he worked for well-known firms, at the Austrian Court of Administration and at the Vienna University of Economics and Business. He studied law and business administration in Vienna and is a member of the Board of Tax Experts of the Austrian Chamber of Accountants.

Andreas Hable

Partner

Dr. Andreas Hable ist spezialisiert auf Unternehmenssteuerrecht mit Schwerpunkt auf nationalen und internationalen Umstrukturierungen sowie auf Gesellschaftsrecht, M&A und Privatstiftungsrecht. Er ist seit 2001 bei Binder Grösswang und seit 2005 Partner. Davor war er bei Haarmann Hemmelrath Hügel und Europa Treuhand Ernst & Young tätig. Hable studierte in Wien, Innsbruck und Paris und hält einen LL.M. in International Tax Law. Zuletzt beriet er bei grenzüberschreitenden Transaktionen für IPIC, Aabar, Daimler, Novartis, Kapsch TrafficCom, BBDO und BEWAG.

Andreas Hable specialises in corporate tax law with a focus on national and international reorganisation transactions, as well as in corporate law, mergers & acquisitions and private foundations. He has been a partner at Binder Grösswang since 2005. Before joining Binder Grösswang in 2001, he was with Haarmann Hemmelrath Hügel and Europa Treuhand Ernst & Young. Andreas studied in Vienna, Innsbruck and Paris and holds an LL.M. in international tax law. He recently advised on cross-border transactions of IPIC, Aabar, Daimler, Novartis, Kapsch TrafficCom, BBDO and BEWAG.

Verena Heffermann

Attorney at Law

MMag. Verena Heffermann ist seit 2012 als Anwältin bei Binder Grösswang tätig. Sie ist auf Konzernsteuerplanung, Umstrukturierungen, Begleitung von M&A-Transaktionen und Privatstiftungen spezialisiert. Sie studierte Jus an der Universität Wien und Handelswissenschaft an der WU Wien sowie der Université Paris XII; außerdem war sie bei internationalen Konzernen in Moskau und bei anerkannten Kanzleien in Wien tätig.

Verena Heffermann joined Binder Grösswang as a senior associate in 2012. She specialises in corporate tax planning, reorganisations, tax advice in M&A transactions and private foundations. Verena studied law at the University of Vienna and international business administration at the Vienna University of Economics and Business as well as at the University of Paris XII. She gathered experience in international groups in Moscow and with recognised law firms in Vienna.

Christian Zwick

Associate

Dr. Christian Zwick ist seit 2011 bei Binder Grösswang tätig. Zuvor war er als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Zivil- und Unternehmensrecht an der WU tätig. Zwick promovierte an der Universität Wien und absolvierte ein Masterstudium an der Duke University, USA (LL.M. 2010). Er ist Autor mehrerer Publikationen zum Gesellschafts- und Stiftungsrecht und verfügt über umfassende Erfahrungen bei nationalen und internationalen Umstrukturierungen, im Unternehmens- und Steuerrecht.

Christian Zwick has been with Binder Grösswang since 2011, having previously worked as a researcher and lecturer at the Institute for Civil and Business Law of the Vienna University of Economics and Business. Christian holds a doctorate from the University of Vienna; his dissertation focussed on the field of trust and foundation law. He is also a graduate of Duke University, North Carolina, USA (LL.M. 2010). He is the author of various publications on corporate and foundation law and has broad experience in domestic and cross-border restructurings as well as in corporate and tax law.

Stefanie Steiner

Associate

Dr. Stefanie Steiner LL.M. (London, UK) ist seit 2012 bei Binder Grösswang in den Bereichen Steuer- und Gesellschaftsrecht tätig. Sie studierte an der Universität Graz, der Università degli studi di Siena sowie an der University of London und ist Verfasserin zahlreicher Publikationen zum Unternehmensrecht.

Stefanie Steiner, LL.M. (London, UK) joined Binder Grösswang as an associate in 2012 and specialises in tax law and corporate law. She studied at the University of Graz, the Università degli studi di Siena and the University of London. She is the author of numerous articles on corporate law.

Tax Grouping

**Christian Wimpissinger**

Partner

Dr. Christian Wimpissinger ist seit 2007 bei Binder Grösswang, seit 2011 als Partner. Er ist spezialisiert auf Unternehmenssteuerrecht und Bilanzrecht und berät meist zu internationalen Transaktionen. Wimpissinger ist in New York und Österreich als Anwalt zugelassen. Von 2001 bis 2007 war er für US-Kanzleien in München und in New York tätig, studierte davor an der NYU (LL.M.) und arbeitete am Institut für Österreichisches und Internationales Steuerrecht der WU Wien. Wimpissinger ist Fakultätsmitglied (adjunct professor) der University of Miami Law School und Lehrbeauftragter am MCI und der Frankfurt School of Finance & Management.

Christian Wimpissinger joined Binder Grösswang in 2007 and has been a partner since 2011. He specialises in corporate tax law and accounting law, advising mainly on international transactions. Christian is a member of the Bar in both New York and Austria. From 2001 through 2007 he worked for US law firms in Munich and New York. Before that he studied at NYU (LL.M.) and worked at the Institute for Austrian and International Tax Law at the Vienna University of Economics and Business. He is a faculty member of the University of Miami School of Law and a lecturer at MCI and the Frankfurt School of Finance & Management.

Walter Loukota

Associate

Dr. Walter Loukota wird ab Juli 2013 bei Binder Grösswang als Konzipient tätig sein. Er ist promovierter Jurist und Steuerberater. Vor seiner Tätigkeit bei Binder Grösswang war er Manager bei Ernst & Young und Geschäftsführer bei WTS in Wien. Seine Beratungsschwerpunkte liegen in der Unternehmensbesteuerung, dem internationalen Steuerrecht und in der steuerlichen Begleitung von M&A. Neben seiner Tätigkeit ist er als externer Lektor für Steuerrecht an der WU Wien tätig.

Walter Loukota will be joining Binder Grösswang as an associate in July 2013. He holds a doctorate in law and is a certified tax adviser. Before coming to Binder Grösswang he worked as a manager at Ernst & Young and as Managing Director of WTS Tax Service in Vienna. He is a specialist in corporate taxation, international tax law, and tax aspects of acquisitions and corporate restructurings. He is also a lecturer on tax law at the Vienna University of Economics and Business.

Von Marks & Spencer bis Haribo Lakritzen



Rechtsberatung zu Steuerfragen ist aus vielen Gründen spannend: Wirtschaftliche Hintergründe beeinflussen die Beurteilungen, internationale Aspekte bringen Abwechslung, die Auswirkungen von Transaktionen oder Strukturen schlagen sich oft unmittelbar in Zahlen nieder – oder eben gerade nicht. Und außerdem: Gesetzesänderungen bieten ausreichend Literatur für ruhige Stunden. Während jene Änderungen, die im Ministerium erdacht wurden, sich in den letzten Jahren vordringlich mit der Art der Steuererhebung befassen (Stichwort KESt oder ImmoESt auf Gewinne), Steuervermeidungsmodelle anvisieren (etwa kein Zinsabzug oder keine Firmenwertabschreibung beim konzerninternen Beteiligungserwerb) oder neue Steuern schaffen (Bankenabgabe), gehen jene Änderungen, die das Europarecht eingefordert hat, in eine ganz andere Richtung: Dividenden aus dem In- und Ausland sind gleich zu behandeln, gewisse Dividenden ins Ausland dürfen keiner österreichischen Besteuerung unterliegen, Verluste müssen mitunter auch grenzüberschreitend berücksichtigt werden.

Eine der wesentlichen Änderungen der österreichischen Konzernbesteuerung, mit der man dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) sogar vorauseilen wollte, war die Einführung der Gruppenbesteuerung. Ein wichtiger Aspekt dabei ist nämlich die Miteinbeziehung ausländischer Tochtergesellschaften, sprich die Verwertung von Auslandsverlusten in Österreich. Im berühmten Marks & Spencer-Urteil vom Dezember 2005 hat der EuGH zwar festgehalten, dass nur definitive Auslandsverluste ins Inland zu verrechnen sind, dennoch erlauben die Bestimmungen der österreichischen Gruppenbesteuerung eine sofortige Verwertung im Inland. Ab 2012 gilt allerdings eine Besonderheit: Die Verluste sind entweder nach österreichischem oder nach ausländischem Recht zu ermitteln, je nachdem welcher Betrag niedriger ist. Diese Regelung steht im Widerspruch zu einem EuGH-Urteil vom 21. Februar 2013, wonach klar die Vorschriften des Staates, in dem die Verluste verwertet werden, maßgeblich für deren Ermittlung sind (A Oy, C-123/11).

Eine andere markante Änderung im österreichischen Steuerrecht brachten die EuGH-Entscheidungen Verkooijen und Lenz (C-35/98 und C-315/02 aus 2000 und 2004): Danach durften Kapitaleinkünfte, insbesondere Dividenden, nicht höher besteuert werden, weil sie aus dem Ausland stammten. Bis dahin unterlagen sie dem persönlichen Steuersatz, also der Progressionsbesteuerung, während Inlandsdividenden mit nur 25 Prozent besteuert waren. Heute sind Dividenden egal woher – auch aus nicht-EU-Ländern – mit 25 Prozent besteuert.

Ebenfalls zu Dividenden, allerdings zu jenen zwischen Kapitalgesellschaften, erging das EuGH-Urteil in den österreichischen Fällen Haribo Lakritzen und Österreichische Salinen (C436/08 und C437/08 aus 2011): hier entschied das Gericht in Luxemburg, dass die Steuerbefreiung für österreichische Dividenden an Kapitalgesellschaften auch für ausländische gelten muss. Vor diesen Fällen waren Auslandsdividenden aus Portfoliobeteiligungen (solchen unter 10 Prozent) steuerpflichtig, danach wurde die Gesetzeslage zweimal geändert: Erst wurde die Steuerbefreiung, die im Inland galt, auf Dividenden aus EU und EWR ausgedehnt (für den EWR allerdings nur, sofern ein Amtshilfe- und Vollstreckungsabkommen bestand), und im Weiteren wurde die Befreiung für sämtliche Auslandsdividenden eingeräumt (sofern eine umfassende Amtshilfeklausel im jeweiligen DBA enthalten ist). Betreffend Beteiligungen von mindestens 10 Prozent gilt eine volle Befreiung von Abzugssteuern, falls sie von österreichischen Gesellschaften an Kapitalgesellschaften im EU-Ausland gezahlt werden. Während diese Befreiung früher erst nach einem Jahr galt, brachte die EuGH-Entscheidung zu Denkavit (C-283/94 aus 1996) eine Änderung: Die Befreiung muss zwar nicht innerhalb der Mindestbehaltdauer gewährt werden. Ist diese jedoch erfüllt, ist eine davor erhöhte Abzugssteuer rückzuerstatten.

Als Steuerpflichtiger – man sieht es an dieser Auswahl einiger Rechtsprechungsbeispiele und deren gesetzlichen

Folgen – ist es unbegründet, Europaskeptiker zu sein. Was jetzt noch fehlt, ist eine stärkere Harmonisierung des Ertragsteuerrechts in der EU. Sie muss von den Mitgliedstaaten ausgehen, nicht allein vom EuGH: Das Projekt CCCTB (Common Consolidated Corporate Tax Base) brächte hier einen Durchbruch; weg von 28 unterschiedlichen Besteuerungssystemen, weg von einem hohen Verwaltungs- und Dokumentationsaufwand, der sich aus dem Territorialitätsdenken ergibt, hin zu einem Modell, in dem die Besteuerungsgrundlage einheitlich ermittelt wird; die Aufteilung des Steuersubstrates unter den Mitgliedstaaten würde sich dann nicht an Landesgrenzen orientieren, sondern anhand einer Formel erfolgen, die Umsatz, Wirtschaftsgüter und Arbeitskräfte berücksichtigt. Verständlich, dass sich Ländern, in denen diese drei Faktoren schwach ausgeprägt sind, dagegenstellen; Österreich als Land mit einer gesunden Realwirtschaft sollte jedenfalls dafür sein.



Christian Wimpissinger
Binder Grösswang
Tax-Team

Literaturhinweise:

Heffermann/Wimpissinger,
Abzugsfähigkeit von Liquidationsverlusten bei Beteiligungen innerhalb einer Steuergruppe, ÖStZ 2013/75, 43

Heffermann/Wimpissinger,
Steuerfalle Gruppenbesteuerung, GeS 2013/3, 137

Urtz/Zwick,
Ausschüttungssperre von Verschmelzungsgewinnen nach einer Upstream-Verschmelzung? ZFR 2013/3

Dimitrov/Wimpissinger,
Losses Unchained: The ECJ's Cross-Border Travel Requirement, Tax Notes International, 8 April 2013, 149

Hable/Wimpissinger,
IFA Branch Report Austria (Boston Congress, 09/2012)

Opinion

Wann ist Steuerplanung „aggressiv“?

Eine von der EU-Kommission vorgelegte Empfehlung beschäftigt sich mit „aggressiver Steuerplanung“. Die Kommission will die Finanzverwaltungen der Mitgliedstaaten unterstützen und schlägt zusätzliche Steuertatbestände vor. Schon der Begriff der aggressiven Steuerplanung ist unklar: Die Kommission spricht einerseits von der Erfassung illegaler Gestaltung, andererseits ganz allgemein von Fällen doppelter Nichtbesteuerung. Geht es um illegale Praktiken, bedarf es überhaupt keiner zusätzlichen Besteuerungstatbestände: Solche Gestaltungen sind ohnehin verboten. Geht es aber ganz allgemein um doppelte Nichtbesteuerung, sollte die Kommission den Steuerpflichtigen nicht den „schwarzen Peter“ für Versäumnisse der Mitgliedstaaten zuschieben: Die Möglichkeit doppelter Nichtbesteuerung ist ja meist die Folge fehlender Harmonisierung des Steuerrechts. Und hier wären die Mitgliedstaaten gefordert!

Die Kommission schlägt eine allgemeine Missbrauchsbestimmung vor. § 22 BAO sollte dieser Empfehlung zufolge durch einen anderen Text ersetzt werden. Die von der Kommission vorgeschlagene Vorschrift ist aber nicht weniger problematisch: Sie will den Verwaltungen die Möglichkeit geben, jene Fälle zu erfassen, die nach dem Ziel und Zweck des Gesetzes steuerpflichtig sein sollten. Genau dies kann aber ohnehin im Interpretationsweg erreicht werden, sodass eine eigene Vorschrift überflüssig ist. Derartige Regelungen helfen nur Finanzbeamten und Richtern, denen eine bestimmte Gestaltung schlecht „riecht“, die sich aber schwer tun, eine solche Gestaltung mit den bestehenden Steuervorschriften in den Griff zu bekommen: Sie klammern sich an Missbrauchsregelungen wie an einen Strohhalm. Sie ersparen sich dadurch die Beschäftigung mit Ziel und Zweck der vermeintlich oder tatsächlich umgangenen Regelung. Dem Rechtsstaat ist damit kein guter Dienst erwiesen.

Die andere Maßnahme ist die Einführung einer „Subject-to-Tax“-Klausel in den Doppelbesteuerungsabkommen: Der Ansässigkeitsstaat soll ausländische Einkünfte nur noch freistellen, wenn sie tatsächlich dort besteuert werden. Derartige Klauseln führen aber immer zu Auslegungsschwierigkeiten: Wie ist z. B. bei persönlichen und sachlichen Befreiungen, Verlustvorträgen etc. vorzugehen? Vor allem aber führen sie zu Verwerfungen: Schon bei geringfügiger Besteuerung sind diese Klauseln gar nicht anzuwenden. Die meisten Staaten haben „Subject-to-Tax“-Klauseln daher bisher bewusst nur sparsam in ihren DBA eingesetzt. Dabei sollte es auch bleiben!



Michael Lang
Vorstand des Instituts für Österreichisches und Internationales Steuerrecht der WU

“TILA”

Pertti Kekarainen.
The artist talks about his work.

> The Finnish word TILA has multiple meanings: architectural space, interior, space and distance between objects, space inside an object, form, condition of phenomena but also state of mind.

Within all these different aspects of TILA, all political, sociological and cultural interpretations occur. Perception and the way it works – in other words, how we understand what we see – has been important in my entire photographic oeuvre. The TILA series consists of more than 60 works or subseries. The scale and size of the works play an important role; in an almost 1:1 scale, it is a physical role in the exhibition space.

One of the subseries is TILA (Passage I-VII). All the works in this series have the same interior image as a starting point. I have altered, distorted and twisted the perspective of the interior with colour fields, colour dots and other dots (perception through a glass ball or a magnifying glass). All actions refer to the perception or experience of a space.

Our perception or experience of an interior space does not depend only on our eyes; the total experience is a mixture of the scale of the space, light, the materials used, the utilisation purpose of the space and, not least, other senses: hearing, smell, touch – as well as movement within the space. ●

*Pertti Kekarainen, TILA (Passage I), 2006, C-print, Diasec, 195 x 125 cm, edition of five
Binder Grösswang Conference Area*



© Pertti Kekarainen, courtesy of Gallery TALK

*Pertti Kekarainen, TILA 1, 2012
Pigment ink print, Proofsec,
150 x 177 cm, edition of five*

*Pertti Kekarainen, TILA
(transparent, dark red), 2010
Pigment ink print, Proofsec,
150 x 145 cm, edition of five
Pigment ink print, Proofsec,
120 x 117 cm, edition of three*

Pertti Kekarainen was born in 1965 in Oulu, Finland, and lives and works in Helsinki, Finland. Pertti Kekarainen studied and then went on to lecture at the University of Industrial Arts/Aalto University School of Art Design and Architecture in Helsinki. One of the most respected figures of the Helsinki School, he has principally exhibited his work in Sweden and Finland.

Background The Amended Cartel Act 2012

Something for Everyone –

The Amended Cartel Act 2012

The amended Cartel Act (Kartellgesetz) 2012, which entered into force on 1 March 2013, is not a complete reform, but rather a collection of individual ideas for reform touching upon different areas of competition law. The most important changes are as follows:

De minimis cartels: The amended Cartel Act brought the Austrian provisions into line with EU competition law, excluding hard-core restrictions from the de minimis cartel exemption.

Dominant position: The amended Cartel Act introduces additional presumptions of dominance concerning collective dominance. These apply where up to three undertakings have a joint market share of at least 50 per cent and up to five undertakings have a joint market share of at least two thirds. The Federal Competition Authority (FCA) does not need to prove any corporate, contractual or factual relationship between the undertakings concerned; rather, these undertakings must rebut the presumption of collective dominance. The thresholds will be frequently reached in some of the particularly narrow markets in Austria. Thus, both large and medium-sized enterprises may soon find themselves shouldering the burden of the “special responsibility” of a market-dominant firm (such as the prohibition of discriminatory treatment).

Damages for cartel infringements: The amended Cartel Act now contains a series of clarifications through private law provisions concerning private enforcement:

- The fact that the relevant product was sold to a third party does not yet exclude the action for damages (i.e.,

- the passing-on defence does not automatically apply);
- interest is due as of the moment at which damage was inflicted on the undertaking in question;
- the statute of limitations is suspended during proceedings by a competition authority;
- decisions of competition authorities are to be binding on civil courts; and
- some of the new provisions reflect already-existing case law.

Nevertheless, undertakings infringing competition law will more probably have to face significant claims for damages in addition to the imposition of fines in the future.

Facilitations for leniency: Under the amended Cartel Act, undertakings can qualify for immunity if they provide sufficient evidence enabling the FCA to apply for a search warrant, while under the old rules, undertakings were required to have triggered the investigation in the first place. If the FCA was already able to apply for a search warrant, leniency applicants need to provide evidence enabling the FCA to immediately bring an application for the imposition of a fine before the Cartel Court. The facilitated access to leniency is likely to make leniency applications more frequent and further destabilise cartels.

Increased investigative powers for the FCA: Under the amended Cartel Act, the FCA may hand down enforceable information requests. Furthermore, FCA officials performing a dawn raid are now authorised to question employees of the undertakings concerning the subject matter of the investigation and to confiscate documents for the entire duration of the investigation. The ability of undertakings to request that documents be sealed and reviewed by the Cartel Court has been restricted significantly. The provisions will make dawn raids more effective, but significantly curtail the rights of undertakings under investigation.

The new provisions will result in a stricter enforcement of competition law in Austria.



Raoul Hoffer
Binder Grösswang
Competition Team

Up to Date Rechtsprechung

Calculation Errors in Purchase Price Determination Mechanisms

In a case decided on appeal by the Austrian Supreme Court at the end of 2012, personal differences between shareholders in an Austrian limited liability company forced one of them to buy out another shareholder. Pursuant to the company's articles of association, the purchase price for the sale of the share was determined by the company's chartered accountant, taking into account the expected profits of the company for the ongoing financial year.

In the share purchase agreement, the parties consented to the purchase price as determined by the accountant and reciprocally waived their right to contest the contract for any reason, in particular on grounds of the absence of assent. The parties further declared that (i) they were adequately informed about all value-determining factors, (ii) the agreed price was equal to the real value of the transferred share and (iii) the contract was concluded at the agreed purchase price due to the specific preference of the parties, which would preclude the purchaser from rescinding the contract on the basis of *laesio enormis* (i.e. stating that he had received less than half of the purchased shares' real value).

Approximately one year after the signing of the contract, it turned out that a mistake on the part of the accountant led to a retrospective tax payment, which had an impact on the company's profits for the financial year in which the sale took place (the estimation of which had served as a basis for the accountant's purchase price calculation). The purchaser therefore asserted a claim for the repayment of the corresponding part of the purchase price from the seller.

All courts deciding on this matter, including the Austrian Supreme Court, held that the purchaser would not be entitled to reclaim the difference caused by the calculation error. On the one hand, a claim for a joint error was excluded due to the waiver of both parties to contest the contract on grounds of an absence of assent. On the other hand, the claim could not be based on a breach of representations or warranties, as no balance sheet warranty was given by the seller under the share purchase agreement. The courts further held that they did not have any room for interpretation that the parties could implicitly have agreed upon such a warranty, since the parties had declared in writing that they had been adequately informed about all value-determining factors and that the share was being acquired at the agreed purchase price due to the purchaser's specific preference.

This judgment again shows the importance of questioning typical boilerplate provisions in each individual transaction, in order to avoid surprising results in cases of conflict.

(OGH 17 December 2012, 5 Ob 136/12d)



World Class Actions

Binder Grösswang litigation partner Christian Klausegger provided the Austrian survey in World Class Actions, A Guide to Group and Representative Actions around the Globe, edited by Paul G. Karlsgodt, Oxford University Press, New York, 2012: This guide gives lawyers insights into the various jurisdictions and helps them develop strategies for litigation and risk management in the course of doing business abroad, or even in doing business locally in a way that impacts interests abroad.

Losses Unchained?

The European Court of Justice (ECJ) rendered another decision on a case regarding the transfer of foreign losses across the border (A Oy): The Court had to rule whether losses of a Swedish subsidiary could be transferred to its Finnish parent after a merger of the subsidiary into the parent. Under Finnish tax law, such a loss transfer is permitted in a purely domestic setting, but in the case at hand it was not, due to the cross-border aspect. The ECJ ruled that this was a violation of the freedom of establishment, as it discriminated against the establishment of foreign subsidiaries. Under case law of the ECJ, such a violation might be justified, for example, in order to ensure the balanced allocation of taxing powers among Member States or to preclude the risk of a double use of tax losses or the risk of tax avoidance. However, an absolute prohibition of a loss transfer across borders would, according to the Luxembourg Court, go beyond what is necessary to attain such justifying objectives if the non-resident subsidiary had already exhausted all possibilities to utilise its tax losses in its own Member State. The Court therefore ruled that the transfer of losses had to be allowed, thereby confirming its Marks & Spencer decision. In A Oy the ECJ clarified an important aspect: the amount of the losses that may be transferred to Finland has to be determined in accordance with Finnish tax law. Thus, the recent amendment to the Austrian group taxation rules (applicable since 2012) according to which foreign losses may only be transferred to Austria in the amount determined under either Austrian or foreign law, whichever is lower, appears to violate EU law.

(ECJ 21 February 2013, C-123/11)



Wiener Vertragshandbuch

Binder Grösswang partners Michael Kutschera, Thomas Schirmer and Florian Khol are contributors to the recently published "Wiener Vertragshandbuch, Kommentierte Vertragsmuster, Band 3: Kapitalgesellschaften", 2nd edition, edited by Christian Nowotny and Oskar Winkler, Manz, Vienna, 2012.

Up to Date Rechtssplitter



Public Corporate Governance Kodex des Bundes

Die Österreichische Bundesregierung hat am 30. Oktober 2012 den Public Corporate Governance Kodex des Bundes (B-PCGK) beschlossen. Ziel des B-PCGK ist, die Unternehmensführung und -überwachung bei staatseigenen und staatsnahen Unternehmen transparenter und nachvollziehbarer zu machen und die Rolle des Bundes und der Unternehmen des Bundes als Anteilseigner klarer zu fassen. In Anlehnung an den seit 2002 bestehenden und auf börsennotierte Unternehmen anzuwendenden Österreichischen Corporate Governance Kodex (ÖCGK) unterscheidet der B-PCGK zwischen zwingenden Regelungen („L“) und Empfehlungen („C“).

Rechtlich stellen die Regelungen des Kodex eine Selbstbindung des Bundes dar, deren Beachtung den Organen des Bundes bei der Wahrnehmung von Anteilseigner- und Überwachungsfunktionen obliegt. In Bezug auf die von den obersten Verwaltungsorganen mit diesen Aufgaben betrauten Personen ist der Kodex eine Weisung, die notwendigen Umsetzungsmaßnahmen vorzunehmen.

Anwendungsbereich

Der B-PCGK findet Anwendung auf Unternehmen, an denen der Bund direkt oder indirekt mehrheitlich beteiligt ist, die der Bund tatsächlich beherrscht oder die der Aufsicht des Bundes unterliegen. Erfasst sind nicht nur Kapital- oder Personengesellschaften, sondern auch Unternehmen in anderen Organisationsformen, wie z. B. Vereine, Anstalten, Stiftungen oder Fonds. Der Anwendungsbereich des Kodex wird insofern eingeschränkt, als er nur auf Unternehmen mit mehr als 10 Bediensteten oder einem Jahresumsatz von mehr als Euro 300.000 anzuwenden ist.

Nicht anzuwenden ist der Kodex auf Unternehmen, die dem ÖCGK oder einen sonst am Börsenplatz allgemein anerkannten Corporate Governance Kodex unterliegen.

Anteilseigner, Geschäftsleitung und Überwachungsorgan

Das Regulativ des Kodex richtet sich nicht nur an die Unternehmen des Bundes selbst, sondern auch an den Anteilseigner. Der Bund und die Unternehmen des Bundes haben in ihrer Funktion als Anteilseigner insbesondere die Grundsätze der Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit sowie das öffentliche Interesse zu berücksichtigen. Zudem ist eine Finanz- und Beteiligungscontrolling verpflichtend. Zentrale Stellung im Kodex nehmen die Regelungen über Aufgaben, Zuständigkeit, Zusammensetzung von Geschäftsleitung und Überwachungsorgan sowie über Bestellung, Vergütung und Interessenkonflikte derer Mitglieder ein.

Corporate Governance Bericht

Jährlich ist von Geschäftsleitung und Überwachungsorgan ein Corporate Governance Bericht zu erstellen und gemeinsam mit dem Jahresabschluss dem zuständigen Organ vorzulegen. Der Bericht hat eine Erklärung zu enthalten, ob dem Kodex entsprochen wurde. Bei Abweichung von zwingenden Bestimmungen oder Empfehlungen ist eine entsprechende Erklärung abzugeben. Mindestens alle fünf Jahre ist die Einhaltung der Bestimmungen des B-PCGK durch eine externe Institution (z. B. eine Rechtsanwaltskanzlei) zu evaluieren.

Transparenz

Ein wichtiges Anliegen des Kodex ist Transparenz. So sollen etwa Corporate Governance Bericht, Jahresabschluss und Lagebericht auf der Internetseite des Unternehmens veröffentlicht werden.

Rechnungswesen und Abschlussprüfung

Auch in Bezug auf das Rechnungswesen staatseigener Unternehmen formuliert der B-PCGK strenge Anforderungen, die stellenweise über jene des UGB hinausgehen. Große Unternehmen des Bundes haben nach dem Kodex auch eine interne Revision einzurichten.



Andreas Hable
Florian Khol
Binder Grösswang

Up to Date Deals

Sale of Lenzing's Plastics Business Unit

Binder Grösswang advised the Austrian Stock Exchange listed Lenzing AG on the auction sale of its plastics business unit to an Austrian bidding consortium led by Invest AG, the investment company of the Raiffeisen Banking Group Upper Austria, based in Linz. The valuation equals close to 8 EBITDA multiples of the 2012 financial year. This decision was preceded by a multi-stage bidding process in which the new owner proved to be the best bidder. Binder Grösswang partner Florian Khol and his team advised Lenzing during the complete auction sale process, including board room advice and regulatory aspects.

Refinancing of ELK Fertighaus



Binder Grösswang finance partner **Stefan Tiefenthaler** acted as legal counsel in connection with the refinancing of the ELK Fertighaus Group. UniCredit Bank Austria, Hypo Niederösterreich, RLB Steiermark and Oberbank acted as lenders.

Reorganisation of Diners Club

Binder Grösswang provided counsel on the dissolution of the Austrian "AirPlus" joint venture between Lufthansa/Austrian Airlines and UniCredit Bank Austria by way of spinning off the Diners Club business and the Miles & More Mastercard business from AirPlus to DC Bank AG. DC Bank AG was founded as a new credit institution (spin-off of a banking business under the auspices of the Austrian Financial Market Authority and the Cartel Court). Both the corporate ownership structure involved in the transaction and the corporate and regulatory framework were highly complex. Binder Grösswang partner Andreas Hable and his team acted as transaction counsel to all the parties involved.

H.I.G. Europe Invests in St. Gilgen International School



A team led by Binder Grösswang M&A-partner **Thomas Schirmer** advised owner Serda Holding on H.I.G. Europe's investment in the St. Gilgen International School. H.I.G. Europe is the European arm of the global private equity firm H.I.G. Capital. The school is a prestigious international day and boarding school with a world-class faculty, which received an outstanding review by the UK OFSTED Independent Schools Inspectorate in 2012. Alexander Eduard Serda, the school's founder, has retained an ownership stake in the school. Binder Grösswang structured and managed the complex cross-border private equity transaction.

JUVE RANKING BANK- UND FINANZRECHT

Binder Grösswang	Wien
Freshfields Bruckhaus Deringer	Wien
Schönherr	Wien
Wolf Theiss	Wien

JUVE-Ranking: „Binder Grösswang sets the benchmark in banking and banking supervision law in the Austrian market.“

In its issue of March/April 2013, the German law journal JUVE – Magazin für Wirtschaftsjuristen in Österreich published a ranking of Austrian law firms working in the fields of banking and finance. Binder Grösswang was named the leading firm in these legal fields: "A leading firm in the field of banking law, with perfect client orientation. The law firm unites the strengths that make a difference: highly reputed partners, a very large and widely-versed team and a practical grasp of topical issues. Broad competence in finance and capital market prospectuses; a close relationship with Austrian regional banks; intensive networking with the leading law firms specialising in banking and capital markets in London and Frankfurt. The law firm sets the benchmark in banking and banking supervision law in the Austrian market."

Oberbank and B&C Agree on a Shareholders' Agreement on Metal Maker AMAG



Binder Grösswang Capital Markets and M&A partners Florian Khol and **Michael Kutschera** advised Oberbank AG on entering into a shareholders' agreement with B&C Industrieholding concerning the leading Austrian aluminium manufacturer AMAG Austria Metall AG, which is listed on the Vienna Stock Exchange. The agreement is still subject to merger control approval. Oberbank and B&C Industrieholding together own 35 per cent of AMAG's shares, with B&C Industrieholding's stake amounting to 29.99 per cent and Oberbank's stake 5.01 per cent. Now that their joint holding exceeds 30 per cent, B&C will launch a mandatory tender offer to AMAG shareholders within the next months. B&C Industrieholding and Oberbank intend to jointly support AMAG's growth and promote AMAG's headquarters and production facilities in Austria as long-term core investors.

SIX Group Acquires PayLife Bank

Binder Grösswang's M&A partner Thomas Schirmer and his team advised SIX Group, Austria's market leader for cashless payment systems both in the acquiring and in the issuing sector, on the acquisition of PayLife Bank. In addition to conducting an extensive due diligence examination of the target, Binder Grösswang advised SIX on its offers to the sellers in a highly competitive bidder process, participated in the negotiations and structuring of the transaction (which proved to be difficult due to the large number of selling banks and their various preemption and tag-along rights) and prepared the necessary filings with the Financial Market Authority and the Austrian Federal Competition Authority.



Gratwanderung Compliance: Zwischen Anspruch und Realität.



Mehr als 150 Gäste folgten am 11.03.2013 der Einladung von Binder Grösswang zur Talkreihe *impulse* zum Thema „Gratwanderung Compliance: Zwischen Anspruch und Realität“.

Es diskutierten in der Conference Area der Kanzlei Beatrix Karl, Bundesministerin für Justiz, Manfred Nötzel, Leitender Oberstaatsanwalt, Staatsanwaltschaft München I, Georg Pözl, Vorstandsvorsitzender, Österreichische Post AG, Thomas G. Winkler, LL.M., Mitglied des Vorstandes der Lenzing AG, und Roland Steinmeyer, WilmerHale Berlin. Die Moderation übernahm Michael Nikbakhsh, Leiter des „Profil“-Wirtschaftsressorts.



© Eiko Mayr

© Eiko Mayr

Welcome on Board

Binder Grösswang ist weiter gewachsen.



Thomas Berghammer

M&A and Capital Markets

Dr. Thomas Berghammer, LL.M. (Wolverhampton) (34) ist seit 2013 Counsel bei Binder Grösswang. Er ist seit 2007 bei Binder Grösswang in den Bereichen M&A und Kapitalmarktrecht tätig und berät insbesondere Industrieunternehmen und Banken bei Transaktionen und gesellschaftsrechtlichen Angelegenheiten. Im Kapitalmarktrecht betreut Berghammer laufend nationale und internationale Mandanten bei Equity und Bond Emissionen in Österreich, unter anderem die Lenzing AG sowie die Raiffeisen Wohnbaubank Aktiengesellschaft und Hypo-Wohnbaubank Aktiengesellschaft. Berghammer publiziert regelmäßig zum Bereich Kapitalmarktrecht. Berghammer war zuvor Rechtsanwaltsanwärter bei Hausmaninger Kletter. Der promovierte Jurist studierte an der Universität Wien und der University of Wolverhampton, UK.

Thomas Berghammer, LL.M. (Wolverhampton) (34) became a Counsel at Binder Grösswang in 2013. He joined Binder Grösswang in 2007 and has specialised in M&A and capital markets law. He primarily advises industrial enterprises and banks in connection with transactions and corporate matters. In the field of capital markets, Thomas advises national and international clients on equity and bond offerings in Austria, for example Lenzing AG, Raiffeisen Wohnbaubank AG and Hypo Wohnbaubank AG. Thomas publishes regularly in the field of capital markets law. Before joining Binder Grösswang, Thomas was an associate at Hausmaninger Kletter. He studied at the Universities of Vienna and Wolverhampton (England).



Therese Frank

Dispute Resolution

Mag. Therese Frank, LL.M. (London) (29) wird ab Juni 2013 als Rechtsanwältin für Binder Grösswang tätig sein. Sie ist auf den Fachbereich Dispute Resolution spezialisiert und berät insbesondere nationale und internationale Unternehmen bei komplexen Streitigkeitsfällen mit internationalem Bezug. Zuletzt betreute Frank einen internationalen Mandanten in einer Deckungsstreitigkeit aus einem Großprojekt gegen eine Haftpflichtversicherung und konnte substantielle Ansprüche rasch durchsetzen. Therese Frank studierte am King's College London, an der Universität Wien und an der Freien Universität Berlin und ist seit 2008 als Juristin bei Binder Grösswang tätig.

As of June 2013, Therese Frank, LL.M. (London) (29) will be part of the Binder Grösswang team as an attorney at law. She specialises in dispute resolution, focusing on complex commercial litigation and advising national and international companies. Lately, she advised an international client in an insurance coverage dispute where a substantial settlement in favor of the client was achieved. She studied law at King's College London, the University of Vienna and the Freie Universität Berlin. She joined Binder Grösswang as an associate in 2008.



Michael Lind

Corporate / M&A

Dr. Michael Lind, LL.M. (London) (34) ist seit 2013 Partner bei Binder Grösswang. Er ist seit 2009 im M&A-Team von Binder Grösswang als Rechtsanwalt tätig und betreut insbesondere Energie-, Industrie- sowie Finanzunternehmen bei nationalen und grenzüberschreitenden Transaktionen, unter anderem zuletzt beispielsweise das an der New Yorker Börse gelistete Unternehmen Black Diamond bei seinem Erwerb der schwedischen POC Sports Gruppe sowie der österreichischen Pieps Gruppe. Michael Lind arbeitete davor mehrere Jahre für Schönherr in Wien. Internationale Erfahrungen sammelte er als Visiting Associate in New York bei Alston & Bird sowie in London bei Slaughter and May. Er studierte an der Karl-Franzens-Universität in Graz, dem University College London und an der Rider University in New Jersey, USA.

Michael Lind, LL.M. (London) (34) has become a partner at Binder Grösswang as of 2013. He joined the Mergers & Acquisitions team of Binder Grösswang as an attorney at law in 2009 and primarily advises industrial enterprises and companies doing business in the energy and financial sectors in connection with national as well as transnational transactions, among others, recently, Black Diamond, Inc., a New York stock listed company, in relation to its acquisitions of the Swedish POC Sports Group as well as the Austrian Pieps Group. Prior to joining Binder Grösswang, Michael worked for several years at Schönherr in Vienna. He also gained international experience as a visiting associate at Alston & Bird (New York) and Slaughter and May (London). Michael holds a law degree from the University of Graz and an LL.M. degree from University College London, and also studied at Rider University, Lawrenceville, New Jersey.

Bernd Schneiderbauer

Corporate / M&A

DDr. Bernd Schneiderbauer (37) verstärkt die Wirtschaftskanzlei Binder Grösswang ab März 2013 als Rechtsanwalt. Der Jurist und Wirtschaftswissenschaftler ist auf M&A und Private Equity-Transaktionen sowie auf die Beratung von Stiftungen spezialisiert und berät österreichische und internationale Mandanten. Kürzlich hat Bernd Schneiderbauer den Eigentümer der St. Gilgen International School beim Einstieg der H.I.G. Europe beraten. Bernd Schneiderbauer ist seit 2012 im M&A-Team von Binder Grösswang, davor war er mehrere Jahre im Investmentbanking der Deutschen Bank sowie in renommierten Kanzleien als Rechtsanwaltsanwärter tätig. Er studierte an der Universität Wien und an der Wirtschaftsuniversität Wien.

Since March 2013, Bernd Schneiderbauer (37) has been working for Binder Grösswang as an attorney at law. He specialises in M&A and private equity transactions as well as in counsel on private trusts, advising Austrian and international clients. Recently he advised the owner of St. Gilgen International School on H.I.G. Europe's investment in the school. Bernd joined the M&A team of Binder Grösswang in 2012. Previously, he gained extensive corporate / M&A experience as an investment banker at Deutsche Bank and at reputable law firms. He holds a Ph.D. in law and also in business administration.

